

Welche Gründe sprechen aus wirtschaftlicher Sicht gegen dieses Gewerbe- und Industriegebiet?

Nach Angaben der Stadt Werne mussten in 2020 insgesamt 41 Anfragen nach Gewerbeflächen aus Platzmangel abgelehnt werden. Davon 23 Anfragen bis 3.000 m², 12 bis 10.000 m² und nur 6 Anfragen über 10.000 m². Auch im geplanten „Regionalen Kooperationsstandort“ Nordlippestraße mussten alle diese Anfragen abgelehnt werden, da diese Unternehmen zu klein für den Standort wären.

Um auch kleineren Unternehmen neue Flächen anbieten zu können, hat die Stadt Werne beim RVR darum gebeten, die vorgegebene Mindestabnahmefläche von 50.000 m² auf die Erstansiedlung eines Unternehmens zu reduzieren, da andernfalls mit erheblichen Nutzungseinschränkungen und großflächigen Leerständen zu rechnen ist. Doch die Anfrage wurde vom RVR abgelehnt, woraus sich ein sehr hohes wirtschaftliches Risiko für die Stadt Werne bei der Entwicklung und Vermarktung der Flächen ergibt.

Die Gewerbesteuer ist eine wichtige Einnahmequelle der Städte und Kommunen. Insgesamt machte sie im Kalenderjahr 2020 einen Anteil von 14,1 Prozent der bereinigten Einnahmen der Kommunen in NRW aus. Im NRW-Durchschnitt lag das Ist-Aufkommen der Gewerbesteuer je Einwohner in 2020 bei 570,60 Euro. In Werne lag das Aufkommen mit 944,12 € in 2020 bereits rd. 65 % über dem Landesdurchschnitt. Daraus lässt sich schließen, dass wir bereits jetzt einen hohen Anteil an Gewerbeflächen mit innovativen und zukunftsorientierten Unternehmen haben. Noch höhere Gewerbesteuereinnahmen werden durch negative Effekte wie z. B. höhere Kreis- und Landesumlagen weitestgehend aufgezehrt.

Die Arbeitslosenquote beläuft sich in Werne auf lediglich 5,7%. Bereits heute ist Werne und die Region geprägt durch einen massiven Fachkräftemangel. Mit einem neuen Industriegebiet müsste sich die Quote der Arbeitseinpender stark erhöhen.

Über uns

Wofür steht BIN, die Bürgerinitiative Industriegebiet Nordlippestraße?

Bürgerbegehren und Bürgerentscheid

Wir kommen aus allen Teilen der Gesellschaft und verbinden Bügerrinnen und Bürger aller Altersgruppen überparteilich und konfessionsunabhängig. Mit einer starken Bindung zur Stadt Werne stehen wir für eine bürgernahe und nachvollziehbare Demokratie. Weil uns das Wohlergehen der heutigen und auch zukünftiger Generationen wichtig ist, engagieren wir uns für eine aktive Einbindung bei wichtigen Entscheidungen der Kommunalpolitik. Deshalb haben wir das Bürgerbegehren „Kein Industriegebiet Nordlippestraße“ auf den Weg gebracht. Zur Bewältigung der zukünftigen Aufgaben braucht es eine gemeinsame Kraftanstrengung mit Bevölkerung und Kommunalpolitik.

Unser ehrenamtliches Engagement ist die Antwort auf die lokalpolitische Entscheidung zum Industriegebiet Nordlippestraße.

Detailliert haben wir Werte und Fakten gegenübergestellt, um uns eine Meinung zu bilden. Wir sind zu dem Ergebnis gekommen, dass die Realisierung des Industriegebietes Nordlippestraße aus ökologischer und wirtschaftlicher Sicht nicht zu vertreten ist.

Deshalb möchten wir mit sachlichen Informationen und gemeinsamen Aktivitäten ein Umdenken aller Akteure und Entscheidungsträger bewirken.

Kontakt



BIN
Bürgerinitiative
Industriegebiet
Nordlippestraße

Tel. 0157-35748345

Mail: BIN-Werne@posteo.de

www.bindabei-werne.de

**Sie wollen uns unterstützen:
Bürgerinitiative Industriegebiet
Nordlippestraße**

IBAN: DE48430609677918887700

BIC: GENODEM1GLS

Verwendungszweck: PHW6EH

bitte immer angeben



KEIN Industriegebiet

BIN
Bürgerinitiative
Industriegebiet
Nordlippestraße

>> Klimaschutz für Wohlergehen

>> Balance zwischen Ökologie und Ökonomie

Welches WERNE willst DU?

Bürger informieren Bürger, objektiv und verständlich

Werne und das Ruhrgebiet

Industriegebiet Nordlippestraße als „Regionaler Kooperationsstandort“

Was sind „Regionale Kooperationsstandorte“?

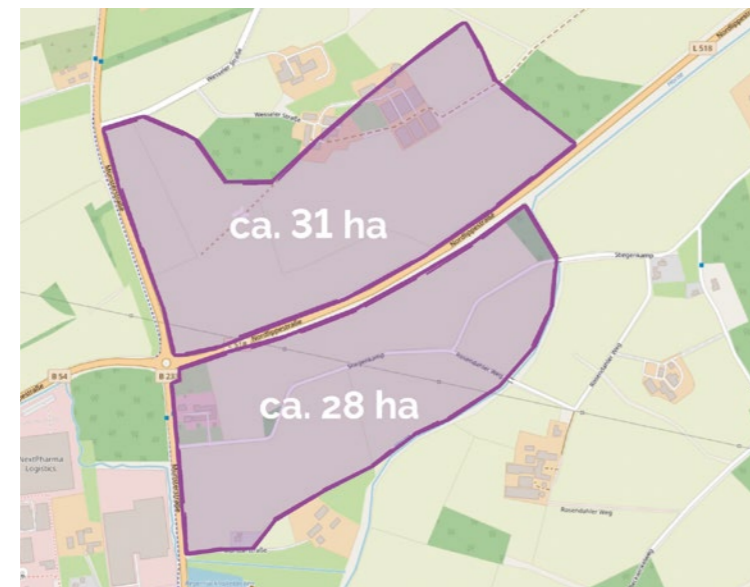
Insgesamt plant der Regionalverband Ruhr (RVR) 24 Gewerbe-/Industriegebiete mit einer Fläche von rd. 1.260 Hektar als „Regionale Kooperationsstandorte“. Ziel soll es u.a. sein, die Entwicklungsvoraussetzungen insbesondere in Regionen, in denen die Lebensverhältnisse im Verhältnis zum Bundesdurchschnitt wesentlich zurückgeblieben sind oder ein solches Zurückbleiben zu befürchten ist, zu verbessern.

Ein weiteres Ziel besteht darin, für die Weiterentwicklung der Metropole Ruhr ein umfangreiches Flächenangebot zu sichern. Die Standorte, die von den einzelnen Städten im Rahmen eines Beteiligungsverfahrens gemeldet wurden, sind auf Basis der Vorgaben des Regionalverbandes für die Ansiedlung flächenintensiver Industrie- bzw. Gewerbebetriebe mit einer Mindestgröße von 50.000 m² Grundstücksfläche vorgesehen. Planungen, die mit der angestrebten zweckgebundenen Nutzung der sogenannten GIBz (Bereiche für gewerbliche und industrielle zweckgebundene Nutzungen) nicht vereinbar sind, sind auszuschließen.

Der RVR Plan sieht für Werne eine Fläche von ca. 31 Hektar im nördlichen und 28 Hektar im südlichen Teilbereich der Nordlippestraße vor. Die Entwicklung des südlichen Teilbereichs ist von der Kommunalpolitik zunächst noch zurückgestellt.

Welche Unternehmen können sich an der Nordlippestraße ansiedeln?

Die RVR Kooperationsstandorte sind für flächenintensive Großbetriebe geplant wie z. B. auch stark emittierende Betriebe oder Unternehmen im Sinne der Störfall-Verordnung. In Industriegebieten können im Gegensatz zu Gewerbegebieten lt. Baunutzungsverordnung sogenannte „erheblich belastende Betriebe“ angesiedelt werden. Vermischung mit lokalen Bedarfen sind auszuschließen.



Landschaftsschutzgebiet

Auch für die nachfolgende Generation



Eine Zukunft, in der Natur und Klima geschützt werden. Dieses und weitere Ziele verfolgt Deutschland u.a. mit seiner Nachhaltigkeitsstrategie. Zentrales Ziel der deutschen Klimaschutzpolitik ist die Minderung von Treibhausgasemissionen. Deutschland hat sich ehrgeizige Minderungsziele gesetzt: Die nationalen Treibhausgasemissionen sollten bis zum Jahr 2020 um 40 Prozent und bis 2030 um 55 Prozent gegenüber 1990 reduziert werden. Nicht erst mit dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 29. April 2021 muss Klimaschutz höchste Priorität erlangen.

Hier in Werne möchte die Bürgerinitiative die Bebauung der Freiflächen an der Nordlippestraße verhindern, da dieser Bereich eine u.a. gutachterlich bestätigte fast vollständige, sehr hohe klima-ökologische Bedeutung hat und durch deren Bebauung u.a. erhebliche Umweltauswirkungen zu erwarten sind.

Außerdem will die BIN den Wegfall des „Grünen Torres zum Münsterland“ als Kulturlandschaft, sowie die Beeinträchtigung von Naherholungsgebieten und eine damit einhergehende nachhaltige Verschlechterung der ökologischen Lebensqualität verhindern.

Natur und Naherholung schützen

Ökologische Gründe für den Erhalt des Landschaftsschutzgebietes

Das geplante Gewerbe-/Industriegebiet soll auf einer Fläche entstehen, die lt. aktuellem Landschaftsplan Nr. 2 für den Raum Werne Bergkamen vom Kreis Unna als Landschaftsschutzgebiet und weiterhin als Bereich zum Schutz der Landschaft und der landschaftsorientierten Erholung ausgewiesen ist.

Schon jetzt gibt es in Werne aber 289 Hektar Gewerbegebietsflächen. Das entspricht rd. 3,8 % der Gesamtfläche des Stadtgebietes. Im NRW-Landesdurchschnitt fällt der Anteil der Gewerbe- und Industrieflächen mit rd. 2 % dagegen deutlich niedriger aus. Der Anteil der Gewerbe- und Industrieflächen liegt in der Metropole Ruhr bei rd. 4 %. Mit dem neuen GIBz würde der Gewerbeflächenanteil in Werne sogar noch den Wert der gesamten Metropole Ruhr übersteigen.

Auswirkungen auf die Grundwasserbildung

Die Neubildung von Grundwasser in Nordrhein-Westfalen nimmt quer durch alle Regionen seit Jahren tendenziell ab und hat sich über den Zeitraum von 20 Jahren praktisch halbiert. Durch den hohen Anteil versiegelter Flächen wird sich die Grundwasserneubildung im Stadtgebiet weiter nachhaltig verschlechtern. Gerade hier in dem betroffenen Bereich liegt die Grundwasserneubildung bei 250 bis 300 l/m² pro Jahr (Quelle LWL) und das bei hoher Qualität, wie die vorhandene Grundwassermessstelle belegt. Bei 60ha und 300l/m² ergibt sich eine Jahresmenge von 180 Mio. Liter fehlender Grundwasserneubildung. Flächenschutz bedeutet Klimaschutz und die von der Stadt Werne anzustrebende Minderung der Treibhausgasemissionen wird nachhaltig erschwert. Alle vorgenannten Folgen für unser direktes Lebensumfeld drohen selbst bei einer auf Klimaschutz ausgerichteten Planung eines „grünen“ Gewerbe-/Industriegebietes.



Zitat Bezirksregierung Arnsberg:
„Dem Raum kommt neben allgemeinen Funktionen des Naturhaushalts mit einer Vielzahl an gliedernden und belegenden Elementen eine besondere Bedeutung bezüglich des großräumig kulturlandschaftlich geprägten Landschaftsbilds zuzüglich besonderer Erholungsfunktionen zu.“